



München, 6. März 2019

Kommentare – Standpunkte – Meinungen
Wirtschaftsbeirat Bayern – der Generalsekretär

Die Soziale Marktwirtschaft braucht neue Freunde
Ordnungspolitik statt Staatsinterventionismus

Liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Bayern,

Industriepolitik nach französischer Manier, rote Pläne für ein Klimaschutzgesetz, bedingungslose Grundrente und, und, und ... Es wird Zeit, wieder über Ordnungspolitik zu reden. Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist gut. Aber in der Wirtschaft herrscht großer Frust. Weniger wegen der Wolken am Konjunkturhimmel, enttäuschender ist für viele, dass der Agenda 2020 keine nennenswerten Reformen mehr gefolgt sind und manchen Fehlentwicklungen freier Lauf gelassen wurde. Auf die weltweiten Umbrüche durch die Machtpolitik Russlands und Chinas, den Rückzug der USA auf sich selbst, durch neuen Protektionismus, Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung fehlen zudem langfristige, strategisch ausgerichtete wirtschaftspolitische Antworten. Frankreich legt Visionen für Europa vor, Deutschland laviert. Aus all diesen Gründen wird der Wirtschaftsbeirat Bayern auf Initiative unseres Vizepräsidenten Dr. Jürgen F. Kammer in diesem Jahr das Thema „Soziale Marktwirtschaft heute“ in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen und hierzu Diskussionen, Gespräche und Veranstaltungen anbieten.

Die Industrie wieder in den Fokus der Politik zu rücken ist richtig. Über das europäische Wettbewerbsrecht nachzudenken ist sinnvoll, weil wir auch hier im Weltmaßstab denken müssen. Wenn die Politik aber im Geiste der Planification strategische Branchen bestimmen will, die besonders zu behandeln wären, geht das in die Irre. Man kann nicht erwarten, die Politik wüsste, wie die Wirtschaft 2030 auszusehen hat. Der Wettbewerb ist die entscheidende Triebkraft für Fortschritt, den dürfen wir nicht politisch aushebeln. Bayern hat über Jahrzehnte gezeigt, wie man erfolgreich Industriepolitik macht – durch Forschungs- und Technologieförderung auf ganzer Breite, durch kräftige Investitionen in die Infrastruktur – heute geht es um die digitale Infrastruktur – und dadurch, dass man den Betrieben Handlungsspielräume für das Ringen im Wettbewerb verschafft. Die steuerliche Forschungsförderung ist hier ein richtiger Ansatz. Allerdings ist eine umfassende Reform der Unternehmenssteuern erforderlich, damit wir im internationalen Steuerwettbewerb nicht wieder Schlusslicht werden.

Wir stellen immer mehr Geld für die Sozialsysteme bereit und bieten immer neue Leistungen an. Die Summe der Sozialausgaben liegt jetzt bei 956 Mrd. Euro. Doch statt mehr Gerechtigkeit blüht Bürokratie. Bürger fühlen sich allein gelassen und gegängelt. Vollkaskotalität kann nie bedient werden, der Staat kann nicht jede individuelle Problemlage lösen. Versucht er es trotzdem, produziert er nur neue Ungerechtigkeiten. Im Bewusstsein, dass nur verteilt werden kann, was erwirtschaftet wird, ist eine Reform der Sozialsysteme nötig. Die Sozialgesetze müssen vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden. Wirksamer als mehr Geld helfen mehr Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe. Hartz IV war eine der erfolgreichsten Reformen und hat viele Arbeitslose wieder in Beschäftigung gebracht. Vom Prinzip „fördern und fordern“ dürfen wir nicht abrücken. Hilfe zur Selbsthilfe ist der ordnungspolitisch überzeugendste Weg in der Sozialpolitik.

In der Klimapolitik hat man ehrgeizige Ziele beschlossen. Die Pläne der SPD für ein Klimaschutzgesetz sehen tonnengenaue Einsparvorgaben für einzelne Sektoren vor. Politische Ausstiegsdaten, politische Sektorenziele, politische Quoten und Extrasteuern, die Politik entscheidet, wer welche Einsparungen zu leisten hat – dieser Weg führt direkt in die Planwirtschaft. Damit werden wirtschaftliche Flexibilität und technologische Erfindungskraft außer Kraft gesetzt. Wir dürfen die Fehler der Energiewende nicht wiederholen. Wir brauchen einen Ordnungsrahmen, der technologieoffene und kosteneffiziente Lösungen in der Energie- und Klimapolitik ermöglicht. Der beste Weg ist eine einheitliche Bepreisung von CO₂ durch einen Emissionshandel.

Ordnungspolitik statt Staatsinterventionismus – das ist die beste Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Die Soziale Marktwirtschaft ist als offene Wirtschaftsordnung wie keine andere gesellschaftliche Ordnung in der Lage, die ganze Kreativität, den ganzen Ideenreichtum und die ganze Tatkraft einer Gesellschaft für die Gestaltung der Zukunft zu mobilisieren. Kein politischer Think-tank wird dazu je auch nur annähernd in der Lage sein. Niemand kann die Zukunft vorhersagen. Keiner weiß, welche der jeweils denkbaren technologischen Lösungen für eine Frage am Ende die beste sein wird. Wenn ein Unternehmen sich irrt, ist das für Einzelne schlimm, aber für die Gesellschaft als Ganzes tragbar, weil sie den Betroffenen helfen kann. Wenn die Politik für die ganze Gesellschaft auf die falsche Lösung setzt, verlieren alle, keiner ist mehr da zu helfen. Deshalb braucht die Soziale Marktwirtschaft, in der viele im Wettbewerb nach der besten Lösung streben, in der Bedürftigen von der Gesellschaft geholfen wird und in der so der Gesellschaft als Ganzes eine gute Zukunft ermöglicht wird, wieder mehr Freunde.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr
Dr. Johann Schachtner
Generalsekretär